

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
**Deutschen Kommunistischen Partei**  
 Frankfurt am Main



Sonderausgabe November 2007

## Preis-Tsunami frisst Netto-Löhne

Als Bundesarbeitsminister bestätigte Müntefering, dass die Einkommensschere immer weiter auseinanderklafft. "Nettoeinkommen auf dem Stand von vor 20 Jahren. **Inflation und Sozialversicherungsbeiträge fressen die Lohnerhöhungen auf**" titelt die FAZ am 24. 9. auf ihrer Wirtschaftsseite. Laut Müntefering sind die Löhne seit 2000 nur langsam um knapp 4,5% gestiegen, die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen aber um 42%. Eine "deutliche Unwucht" nennt er das. Und es wird 2007/2008 noch schlimmer. Denn die Preiswelle ist erst angelaufen. Seit Wochen, gut portioniert fast täglich neue Meldungen über vollzogene und geplante Preiserhöhungen. Bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs, bei Milch- und Milchpro-

dukten, Backwaren, Brot und Bier, bei der Bahn, an der Tankstelle und nicht zuletzt bei Strom und Gas. Mit der Arroganz der Monopolmacht trötete E.on-Chef Wulf Bernotat Mitte September im BILD-Interview provozierend: "Strom ist zu billig!" Die Energieanbieter hörten sein Signal: 47 Stromanbieter planen laut Mitteilung des Branchenportals Verivox einen "Nachschlag" - im Schnitt um 7,5%. Erst im Juli hatten 126 Stromunternehmen ihre Preise um ca. 8% erhöht. Dank CDU mussten sie sich das von keinem Ministerium mehr genehmigen lassen. 71 Energieanbieter wollen in Kürze die Gaspreise um durchschnittlich 4,2% anheben. **Marx hat offensichtlich Recht mit seiner Kapital-Kritik:** Hat der eine Teil der Kapitalisten die Arbeitskraft durch Leistungsver-



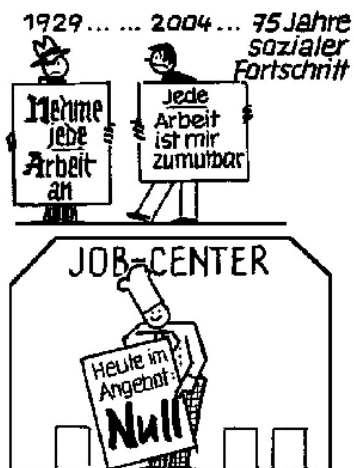
dichtung, spricht Mehrarbeit für weniger Lohn ausgequetscht, stürzen sich die anderen Teile auf den Lohn. Und die Energiekonzerne sind dabei die Hauptpreistreiber.

## So viel teurer ist der Alltag

Butter	+ 36,6%	Obst	+ 6,8%	Strom	+ 6 - 9%
Brötchen	+ 5,2%	Zwiebeln	+ 22,9%	Schienenverkehr	+ 5,7%
Vollmilch	+ 11,5%	Wirsingkohl	+ 8,5%		
Weizenmehl	+ 13,7%				
Geflügel	+ 12,3%	Medikamente	+ 2,7%		

Quelle: Stat. Bundesamt, Vergleich August 2007 zum Vorjahr

Zumutbarkeit: (als "fördern und fordern" verkauft)



**fordern:** Jede legale Arbeit ist zumutbar – auch an anderem Ort und weit unter Tarif bzw. ortsüblicher Bezahlung. Schröder: "Es gibt kein Recht auf Faulheit. Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden".  
**fördern:** Angeblich Verbesserung des Service (weniger Arbeitslose pro Betreuer)  
 isw-Grafik/Bernd Bücking

**Folgen:**  
 Vergeudung und Verlust von Qualifikationen  
 Vergrößerung des Niedriglohnssektors ("Rutschbahneffekt")

Nützt nichts, wenn keine Stellen da sind.



Ein Investor bei der Arbeit

### Abgeordnete erhöhen sich Diäten um 9,4 Prozent !

Die Diäten der 613 Bundestags-Abgeordneten werden in zwei Schritten um über neun Prozent auf 7668 € im Monat erhöht. Dies hat der Bundestag am Freitag mit den Stimmen der Koalition gegen das geschlossene Votum der Opposition beschlossen. Die Monatseinkommen der Parlamentarier werden danach zum 1. Januar 2008 um 330 auf 7339 € erhöht. Anfang 2009 steigen sie um weitere 329 auf 7668 €. Als Altersvorsorge werden künftig pro Jahr der Zugehörigkeit zum Bundestag nur noch 2,5 Prozent der Diäten gezahlt. Bislang sind es drei Prozent. Die Rente mit 67 wird schrittweise auch auf Abgeordnete übertragen. Sie haben künftig aber schon nach einem Jahr im Parlament (bislang acht) Anspruch auf Ruhestandszahlungen!



### Kinderarmut in unserem reichen Land

Über 2,6 Millionen Kinder in unserem Land leben in Armut. Doch die Bundesregierung nimmt das Problem auf die leichte Schulter. Den Vorschlag von Ex-Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, den Hartz-IV-Regelsatz für Kinder um 10 € anzuheben, kann man bestenfalls als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnen.

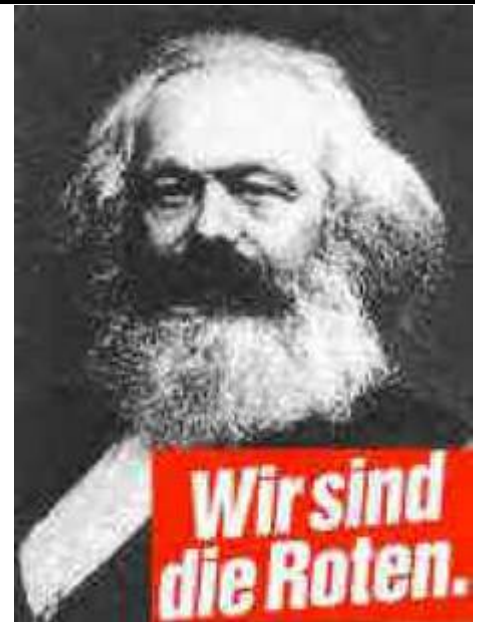
Für Unter-14-Jährige würde der Satz von derz. 208 € auf 218 € steigen. Die Kosten für Gesundheit, Ernährung und Bildung werden dadurch nicht angemessen abgedeckt, von Sport- und Freizeit ganz zu schweigen. Während den Konzernen durch die Reform der Unternehmenssteuer mindestens 5 Milliarden jährlich geschenkt werden, hat die Bundesregierung für Kinder gerade einmal 500 Millionen € übrig. Das ist skandalös!

Die Leistungen für Kinder müssen endlich bedarfsgerecht gestaltet werden, wie auch der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) fordert. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Kinder sollte zumindest ein Existenzminimum von wenigstens 420 € absichern. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre der Ausbau des Kinderzuschlags.

Würde man auf Steuergeschenke an Konzerne und Banken verzichten, wären die finanziellen Mittel dafür ohne weiteres vorhanden.

### Bildergespräch

Besuch der **Ausstellung:** "Mattheuer - Tübke - Triegel", im Museum Giersch, mit dem Schwerpunkt eines Gesprächs über ein Gemälde  
 Gesprächsleitung: Michaela von Behm  
 Termin: Die., **15. Januar 2008**  
 Zeit: 16.30 Uhr  
 Ort: Museum Giersch, Schaumainkai 83 - Frankfurt/M.  
 Kosten: Eintritt



### Einige unserer Forderungen:

- ★ Arbeitsplätze schaffen, deren Bezahlung ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.
- ★ Arbeit ist Menschenrecht! So steht es in der UN-Menschenrechtserklärung und auch in der Hessischen Verfassung. Ein System, das seiner Bevölkerung und insbesondere seiner Jugend nicht genügend sozial abgesicherte Arbeitsplätze bieten kann, hat seine Legitimation verloren.
- ★ Gleiche Bildungschancen für Alle
- ★ Abschaffung der verfassungswidrigen Studiengebühren, Rückerstattung der schon bezahlten Studiengebühren,
- ★ Einlösung der versprochenen Unterrichtsgarantie
- ★ Gesundheit muss für Alle bezahlbar sein, eine Gesundheits-"reform", die Menschen kranker macht ist menschenverachtend!
- ★ unsere Umwelt vor Raubbau schützen
- ★ Naturschutzbeiräte für alle Kommunen Hessens

### DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4  
 60318 Frankfurt am Main  
 Telefon: 069 - 46 00 59 67  
 Fax: 069 - 95 51 76 05  
 email: dkp-frankfurt@email.de